

## Kraftwerk abgelehnt

*Regierungspräsidium entscheidet gegen Vattenfall-Antrag*



Gelände des Zementwerks: Dort ist das EBS-Kraftwerk geplant. Archivfoto

### Das Regierungspräsidium

Tübingen genehmigt das geplante EBS-Kraftwerk in Schelklingen nicht. Der Antrag der Firma Vattenfall ist abgelehnt worden. Der Konzern prüft jetzt eine Klage.

*BERNHARD RAIDT*

**Schelklingen** In der Auseinandersetzung um das geplante und heftig umstrittene EBS-Kraftwerk in Schelklingen ist gestern eine wichtige Entscheidung gefallen. Das Regierungspräsidium Tübingen hat den Antrag des Energiekonzerns Vattenfall auf eine Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz zum Bau und Betrieb des Kraftwerks abgelehnt.

Als Grund für die Ablehnung des rund 100 Millionen Euro teuren Projekts führt das Regierungspräsidium die Entscheidung der Schelklinger Gemeinderäte an. Diese hatten nach einem Bürgerentscheid, bei dem sich mehr als 80 Prozent der Wähler gegen die Kraftwerks-pläne aussprachen, eine Bauleitplanung für den vorgesehenen Standort auf dem Gelände von Heidelberg Cement auf den Weg gebracht.

Nach dieser Planung ist der Bau eines EBS-Kraftwerkes nicht zulässig. Den künftigen Bebauungsplan sicherte der Gemeinderat mit einer Veränderungssperre ab. "Die Veränderungssperre ist auch vom Regierungspräsidium zu beachten", teilte die Behörde gestern mit. Dem Vorhaben stehe so ein "entscheidendes rechtliches Hindernis" entgegen. Der Antrag Vattenfalls, eine Ausnahme von der Veränderungssperre zuzulassen, wurde von den Schelklinger Gemeinderäten ebenfalls abgelehnt. "Über das fehlende Einvernehmen kann sich das Regierungspräsidium als zuständige Behörde nicht hinwegsetzen", heißt es jetzt in der Mitteilung des Tübinger Amtes. Innerhalb eines Monats könne die Vattenfall Europe New Energy GmbH nun Klage beim Verwaltungsgerichtshof in Mannheim gegen diese Entscheidung erheben, schreibt das Präsidium.

"Die Entscheidung des Regierungspräsidiums überrascht uns nicht", sagte Dr. Jan Grundmann von der Firma Vattenfall gestern unserer Zeitung. "Wir haben damit gerechnet und die entsprechenden Schritte vorbereitet." Wie diese Schritte aussehen und ob der Konzern eine Klage erhebt, wollte Grundmann nicht preisgeben.

In einer Pressemitteilung stellt der Konzern unter der Überschrift "Regierungspräsidium bestätigt dem geplanten EBS-Kraftwerk generelle Genehmigungsfähigkeit" den Bescheid als Erfolg dar. Nur noch die Versagung

des Einvernehmens durch den Schelklinger Gemeinderat verhindere die Genehmigung.

Diese Versagung sei aber rechtswidrig, schreibt der Konzern. Karl Lüder von der Firma Vattenfall betont im Gespräch mit der SÜDWEST PRESSE, dass das Regierungspräsidium die Auffassung seiner Firma bezüglich des Bebauungsplans bestätigt habe. Außerdem habe das Regierungspräsidium bekräftigt, dass die geplante Anlage dem Stand der Technik entspreche und es beim Kraftwerk eine ausreichende Vorsorge gegen schädliche Umweltauswirkungen gebe. "Im Genehmigungsprozess sind wir damit einen wesentlichen Schritt weiter", sagte der Vattenfall-Vertreter.

Silvia Langer, die Pressesprecherin des Regierungspräsidiums, bestätigte gestern, dass die Behörde momentan keine relevanten Umweltgefahren durch die geplante Anlage sieht. "Der Grund für unsere Ablehnung ist die vom Gemeinderat erlassene Veränderungssperre", sagte Langer.

Stefan Auer, Gemeinderat und Vorsitzender der Bürgerinitiative "Pro Schelklingen", war gestern nach Jubeln zumute. "Auf diese Entscheidung haben wir ein Jahr lang hingearbeitet", sagte Auer. Das Regierungspräsidium habe die Einschätzung der Bürgerinitiative über die Wirksamkeit des Bauplanungsrechts bestätigt. Auer vermutet, dass Vattenfall den Gang zum Verwaltungsgerichtshof antreten wird. "Aber ich denke kaum, dass sie mit der Klage gegen den Bescheid des Regierungspräsidiums Erfolg haben werden", sagte er. Derselben Meinung sei auch der juristische Berater der Stadt, der Stuttgarter Anwalt Dr. Armin Wirsing. Sollte die Klage scheitern, müsse Vattenfall gegen den Bebauungsplan vorgehen, sobald dieser in Kraft getreten sei. Das kann aber dauern - laut Auer hat die Gemeinde bis zu drei Jahre Zeit, um den Bebauungsplan rechtskräftig zu machen. Eine aus der Initiative der Kraftwerksgegner hervorgegangene Liste stellt mittlerweile die zweitstärkste Fraktion im Schelklinger Gemeinderat. "Natürlich stehen wir auch Gewähr bei Fuß", sagte Auer. Sollte Vattenfall wider Erwarten Erfolg vor Gericht haben, werde die Initiative eine Gegenklage anstreben.

Schelklingens Bürgermeister Michael Knapp weilte gestern noch im Urlaub und war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. Die Entscheidung des Regierungspräsidiums liegt in Schelklingen, Allmendingen, Blaubeuren und Erbach mit Ringingen ab Montag für zwei Wochen zur Einsicht aus.

---

Erscheinungsdatum: Mittwoch 12.08.2009

Quelle: <http://www.suedwest-aktiv.de/>

SÜDWEST AKTIV - Copyright 2002-2009 Südwest Presse Online-Dienste GmbH  
Alle Rechte vorbehalten!

[← zurück zum Artikel](#)

[← zurück zur Ressort-Übersicht](#)